

AKTUELLE CHRONIK

März 1989 bis Juni 1989

Zusammengestellt von Hannelore Wiertz-Louven

Südasiens

Afghanistan

- 9.März: Als erstes Land erkannte Saudi Arabien die Exil-Regierung der afghanischen Widerstandskämpfer an. Ein Sprecher des Außenministeriums begründete die Anerkennung damit, daß die am 23.Februar 1989 in Pakistan gebildete Regierung "frei gewählt" worden sei.
- 10.März: Die Gegenregierung der Widerstandskämpfer kommt zu ihrer ersten Kabinettsitzung in Afghanistan zusammen.
- 16.März: Auf einer Pressekonferenz in Kabul warnte der stellvertretende sowjetische Außenminister und Botschafter in Afghanistan, Julij Woronzow, vor einer Ausweitung der Kämpfe im Osten Afghanistans zu einem afghanisch-pakistanischen Konflikt. Zugleich rief er den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Quellar, auf, umgehend für ein All-Parteien-Gespräch über die Kämpfe Sorge zu tragen.
- 29.März: Bei einem Treffen in der Nähe der ostafghanischen Stadt Jallalabad lehnten 35 Führer der Aufständischen das Waffenstillstandsgesuch von Partei- und Staatschef Najibullah vom 27.März 1989 ab.
- 1.April: In Australien erörterte der Außenminister der Gegenregierung der afghanischen Widerstandsparteien Gulbuddin Hekmatyar mit Außenminister Gareth Evans die Lage in Afghanistan sowie das Schicksal der afghanischen Flüchtlinge und finanzielle Hilfeleistungen Australiens.
- 4.April: Außenminister Abdul Wakil erörterte bei einem Besuch in der Sowjetunion mit dem ersten stellvertretenden Außenminister Alexander Bessmertnych die Lage in Afghanistan.
- 8.-9.April: Besuch des Außenministers der Gegenregierung der afghanischen Widerstandsparteien Gulbuddin Hekmatyar in Bangladesh. Dort wurde mit Staatspräsident Hussain Mohammed Ershad und Außenminister Anisul Islam Mahmud über die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan gesprochen.

19.-20.April: Besuch des Außenministers der Gegenregierung der afghanischen Widerstandsparteien Gulbuddin Hekmatyar.

Indien

- 2.-6.März: Besuch des afghanischen Außenministers Abdul Wakil, der mit Premierminister Rajiv Gandhi und anderen führenden indischen Politikern die Situation Afghanistan erörterte und um Unterstützung für die belagerte Hauptstadt warb. Bereits am 2.März dementierte ein Sprecher der indischen Regierung Gerüchte, daß Indien der afghanischen Regierung militärische Hilfe gewähre.
- 7.-10.März: Besuch des mongolischen Partei- und Staatschefs Shambyn Batmunch; mit Ministerpräsident Ramaswamy Venkataraman und dem Premierminister besprach er die internationale Lage, die Entwicklungen in Kambodscha sowie regionale und bilaterale Probleme.
- 9.-10.März: Besuch des Vorsitzenden des Exekutiv-Komitees der PLO, Yasser Arafat.
- 28.März-1.April 1989: Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe. Es wurden unter anderem mit der indischen Regierung bilaterale Fragen, die Situation in Afghanistan sowie die indisch-pakistanischen Beziehungen erörtert.
- 28.März-1.April: Der fünftägige Besuch des thailändischen Premierministers Chatichai Choonhavan in Indien war der ertse dieser Art eines thailändischen Regierungschefs seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Jahr 1947. Es wurden mit Premierminister Rajiv Gandhi und Präsident Ramaswami Venkataraman vor allem Fragen hinsichtlich einer Kooperation auf dem Gebiet des bilateralen Handels und des Technologieaustauschs geführt und die Lösung des Kambodscha-Problems, bei dem beide Länder gegensätzliche Seiten unterstützen, erörtert.
- 29.März: Besuch der sogenannten EG-Troika unter Vorsitz des spanischen Außenministers und amtierenden Ratspräsidenten Francisco Fernandez Ordonez. Mit Vertretern der indischen Regierung wurden vor allem die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes 1992 auf Südasien und besonders auf die indische Wirtschaft erörtert.
- 17.April: Mehr als 125.000 Hafendarbeiter begannen einen unbefristeten

Streik, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen Ausdruck zu geben. Die Regierung ergriff Maßnahmen, um wichtige Importe, wie z.B. Erdöl, Kunstdünger, Speiseöl und anderen Produkten zu gewährleisten. Die indische Marine und Armee wurden zu entsprechenden Einsätzen verpflichtet.

21. April: Staatspräsident Venkataraman verfügte die Entlassung der Landesregierung des südindischen Gliedstaates Karnataka und unterstellte den Staat der Direktverwaltung Delhis. Damit ging in Karnataka eine sechseinhalbjährige Regierungsperiode der oppositionellen Janata-Partei zu Ende.
24. April: In einer Ansprache vor Armeekommandanten kündigte Premierminister Rajiv Gandhi an, daß Indien den größten Teil seiner Truppen "sobald als möglich" aus Sri Lanka abzuziehen und die Ordnungsaufgaben der gewählten Provinzregierung zu übertragen gedenke. Seit Jahresbeginn 1989 sind von der sogenannten Friedensstreitmacht in Sri Lanka, die nach Schätzungen auf über 75.000 Mann beziffert wird, bereits vier Infanteriebataillone mit insgesamt ca. 6.000 Mann abgezogen worden.
22. Mai: Der erfolgreiche Testflug einer ersten indischen Boden-Boden-Rakete in Orissa wurde vom Verteidigungsministerium gemeldet.
26. Juni: Premierminister Rajiv Gandhi bildete erneut die Regierung um; wichtige Kabinettsposten wurden an drei ehemalige Ministerpräsidenten großer Bundesstaaten vergeben; das Außenministerium, das Gandhi seit 1984 mitverwaltet hatte, ging an P.V. Narasimha Rao, der schon unter Indira Gandhi dieses Ressort innehatte.

Malediven

März 1989: Die größten wirtschaftlichen Erfolge der letzten zehn Jahre konnten die Malediven im Jahr 1988 erzeichnen, so erklärte der maledivische Präsident Maumun Abdul Gayoom. 1988 erwirtschaftete das Land 67,6 Mio. US-Dollar an Devisenerträgen, was einen Anstieg von ca. 32 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (1987) bedeutete; dabei betrug der Anstieg der Devisenerträge beim Export von Fischereierzeugnissen, dem größten Einkommensfaktor im maledivischen Staatshaushalt, 49 Prozent. Die Devisenerträge aus dem Tourismus stiegen im Vergleichszeitraum um 18 Prozent. Die Haushaltspolitik für das

Jahr 1989 sollte nach dem gleichen Schema wie in der vergangenen Dekade erfolgen. Die Malediven, eine Inselgruppe im Indischen Ozean, die aus mehr als 1.200 Koralleninseln bestehen und etwa 675 km südwestlich von Sri Lanka liegen, haben eine Bevölkerung von ca. 190.000 Einwohnern.

17. April: In Mahe, der Hauptstadt der Malediven, begann die Gerichtsverhandlung gegen die Führer des gescheiterten Staatsstreichs vom 3. November 1988, bei dem die legal gewählte Regierung von Präsident Gayoom gestürzt werden sollte. Der Anführer des Coups, Abdullah Luthufi, ein maledivischer Geschäftsmann, wollte zusammen mit sechs Malediven und 68 Sri Lankanern den Umsturz durchführen. Wie Luthufi vor dem obersten maledivischen Gericht erklärte, war er von Sri Lanka auf zwei Trawlern mit einer Gruppe von Landsknechten nach Mahe gekommen. Am 3. November 1988 hatten sie die Radio- und Fernsehstationen von Mahe eingenommen und den Präsidentenpalast gestürmt. Dem maledivischen Präsidenten M.A. Gayoom, der der Gefangenschaft entkommen konnte, war es möglich, Indien zur Hilfe zu rufen. Noch am selben Tag landeten ca. 1.500 Fallschirmspringer der indischen Armee auf den Malediven. Wie Luthufi dem Obersten Gericht ferner berichtete, war der Plan, die maledivische Regierung zu stürzen, von Uma Maheswaran, dem Führer der "People's Liberation Organisation of Tamil Eelam" (PLOTE), einer sri-lankanisch, tamilisch-militanten Gruppe, entwickelt worden, mit deren Anführer Luthufi in Sri Lanka bereits 1986 Kontakt aufgenommen hatte. Luthufi gab weiterhin zu, daß die PLOTE auf diese Art und Weise versuchte, sich eine Basis außerhalb Sri Lankas aufzubauen, um ihre Soldaten dort zu schulen. Wäre das Unternehmen erfolgreich gewesen, wollte PLOTE eine der maledivischen Inseln in Besitz nehmen und mit dem Erlös aus dem Einkommen dieser Insel eine Streitmacht unterhalten.

Nepal

23. März: Das für Nepal lebenswichtige Transithandelsabkommen mit Indien war ausgelaufen und von Indien nicht erneuert worden. Gleichzeitig wurde das bilaterale Handelsabkommen, das seit 1978 eine binnenmarktähnliche Situation zwischen den beiden Ländern geschaffen hatte, von Indien aufgekündigt. Indien verlangte ein neues Abkommen, in dem sowohl die Handelsbeziehungen als auch der Transit-

verkehr geregelt sind, Nepal wollte dagegen die Transitrechte losgelöst von dem Handelsabkommen gesichert sehen. Die bereits seit Jahren schwelenden Spannungen zwischen den beiden Ländern, verstärkt durch die in den letzten Jahren forcierten Versuche Nepals zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Indien und Hinwendung zu China, drohten zu einem Zusammenbruch der nepalesischen Wirtschaft zu führen. Seit Auslaufen der Verträge hatte Indien 13 der 15 Grenzübergänge nach Nepal gesperrt, verlangte für Lieferungen nach Nepal Exportgenehmigungen und fertigte Transitwaren im Hafen von Calcutta gar nicht oder nur schleppend ab. Nepal war damit von der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, wie Mineralölprodukten, Arzneimitteln und bestimmten Lebensmitteln, abgeschnitten. Durch die Schließung der Grenzübergänge ist auch der inner-nepalesische Warenaustausch erschwert, da aufgrund der Topographie des Landes ein Warenverkehr von Ost- nach Westnepal auf das indische Straßennetz angewiesen ist. Durch die Blockade wurden Benzin, Diesel und Kerosin für den Privatsektor rationiert. Der Außenhandel, der auf dem Luftweg abgewickelt wurde, mußte stark eingeschränkt werden. Bedroht war auch der Tourismussektor, eine der wichtigsten Devisenquellen des Landes. Die Reisegesellschaften erhielten Sonderrationen an Dieseltreibstoff für den Betrieb von Bussen, in den Hotels traten Versorgungsengpässe bei importierten Lebensmitteln und bei der Energieversorgung auf.

Eine Lösung des Konfliktes zeichnete sich im Juni noch nicht ab.

Indien hatte bislang vom Handel mit Nepal profitiert, da es dreimal soviel Waren nach Nepal lieferte wie umgekehrt und damit einen jährlichen Überschuß von ca. 3 Millionen Rupien erwirtschaftet. Nepal zahlt rund ein Drittel seiner Importe aus Indien mit harter Währung. Gründe für die gegenwärtige Lage sind darin zu sehen, daß Indien Nepal den Bruch der Friedens- und Freundschaftsverträge von 1950 vorwirft. Diese Verträge erlaubten Nepal, das zur Gänze von seinen großen Nachbarn Indien und China eingeschlossen ist, u.a. den Zugang zu den indischen Häfen. Im Gegenzug sicherte sich Indien eine bevorzugte Stellung als Handelspartner und einen bestimmenden Part in der Außenpolitik Nepals. Bis zu Beginn der achtziger Jahre gestalteten sich die Beziehungen harmonisch. Die Beziehungen begannen sich zu verschlechtern, als Nepal zum einen, entgegen der Gleichberechtigungsklausel, 1987 für Inder eine sog. Arbeitsbewilligung einführte (möglicherweise ein Vorbote für Ausweisungen, wie sie bereits Bhu-

tan gegenüber Ausländern verfügt hat); zum anderen - und dies scheint der Hauptgrund zu sein - hatte Nepal 1988 in China eine größere Menge Sturmgewehre, Raketen und Luftabwehrsysteme gekauft und durch den Bau des Arniko Highways, der Nepal über Tibet mit China verbindet, die Möglichkeit geschaffen, Waffen direkt aus China einzuführen. Nach Ansicht Indiens hat Nepal damit gegen den Vertrag von 1950 verstoßen; der Vertrag spricht jedoch nur von einer Konsultationspflicht für Waffenkäufe, die über indisches Territorium eingeführt werden.

Die durch die indische Grenzblockade verursachten Versorgungsengpässe haben vor allem in der Hauptstadt Kathmandu bereits zu Unmutsäußerungen in der Bevölkerung geführt. Am 3. April löste die Polizei eine Demonstration mit Gewalt auf. Die anschließende Schließung der Universitäten für zwei Monate wurde angeordnet, nicht wie angegeben, um Treibstoff zu sparen, sondern um oppositionelle Aktivitäten der Studenten zu verhindern. Kenner der politischen Verhältnisse in Nepal sind der Meinung, daß die Regierung, die von den seit 1962 verbotenen Parteien im Untergrund bekämpft wird, dadurch in ernste Schwierigkeiten geraten könnte.

Pakistan

27.-28.März: Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe, der mit Premierministerin Benazir Bhutto und Außenminister Shabzada Yakub Khan die bilateralen Beziehungen sowie regionale Fragen erörterte. Howe traf sich in Pakistan auch zu Gesprächen mit verschiedenen Führern der afghanischen Aufständischen.

Sri Lanka

6.März: Dingiri Banda Wijetunga wurde als neuer Premierminister vereidigt.

Südostasien

Burma

11.-13.April: Der Stellvertretende Außenminister Thailands, Prapas Limpabandhu, hielt sich zusammen mit einer vierzigköpfigen Delegation zu einem offiziellen Besuch in Burma auf. Zweck des Besuches war, nach dem blutigen Putsch im September 1988 die Haltung Thailands gegenüber der Militärregierung des Generals Saw Muang zu klären, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu signalisieren und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken.

Indonesien

- Anfang März: In Yogyakarta fand die Krönung des neuen Sultans statt. Nachfolger des verstorbenen Sultans wurde Prinz Mangkubumi, der unter dem Titel Hamengkubuwunu X die Mataram-Dynastie fortsetzt.
- Ende März: In Jakarta fand die 45. reguläre Sitzung der 'Economic and Social Commission for Asia and the Pacific' (ESCAP) der Vereinten Nationen statt.
- 4.-6.Mai: Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Noboru Takeshita, der mit den indonesischen Regierungsvertretern u.a. die Lage der pazifisch-asiatischen Region und den Kambodscha-Konflikt erörterte.

Kambodscha

- 12.-14.März: In Beijing trafen die drei Führer der Organisation Demokratisches Kampudschea (Sonn San, Khieu Samphan, Prinz Norodom Sihanouk) unter der Leitung von Prinz Norodom Sihanouk zusammen. Die Vertreter des kambodschanischen Widerstandes berieten über ihre künftige weitere Zusammenarbeit. Am 14.März wurde unter Vorsitz von Prinz Norodom Sihanouk der Oberste Rat für die Landesverteidigung gegründet, dessen Aufgabe die Koordinierung und Unterstützung der Widerstandskräfte sein soll.
- 16.März: Prinz Norodom Sihanouk, Sonn San und Khieu Samphan trafen mit Ministerpräsident Li Peng (VR China) zu einem Meinungsaustausch zusammen. Dabei begrüßte Li Peng die verstärkte Geschlos-

senheit der Widerstandskräfte in Kambodscha.

- 5.April: Die Regierungen von Kambodscha, Laos und Vietnam veröffentlichten in Phnom Penh eine gemeinsame Erklärung über den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha bis zum September 1989. Die drei Länder stimmten in dieser Erklärung des weiteren der Einsetzung einer internationaleen Kontrollkommission zur Überwachung der vietnamesischen Streitkräfte zu. Kambodscha behielt sich laut dieser Erklärung allerdings vor, falls die Widerstandsgruppen, insbesondere die Roten Khmer, weiterhin vom Ausland unterstützt würden, andere Länder um Hilfe zu bitten.
- 30.April: Im Parlament wurden einstimmig verschiedene Verfassungsänderungen verabschiedet, u.a. die Abschaffung der Todesstrafe, die Einführung einer neuen Nationalflagge, die Einführung einer neuen Nationalhymne, die Änderung des Namens: statt Demokratische Kampudschea solle das Land wieder Kambodscha heißen.
- 2.-3.Mai: In Jakarta erörterten der kambodschanische Ministerpräsident, Hun Sen, und die beiden Vetreter der Widerstandskoalition, Prinz Norodom Sihanouk und Premierminister Sonn San, die Kambodscha-Frage.

Laos

- Anfang März: Am 6. und 11. März wurde in Laos eine Vereinbarung zur Intensivierung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen zwei vietnamesisch-laotischen Grenzprovinzen zunächst für den Zeitraum 1989/90 ausgehandelt.
- 26.März: Zu den Wahlen zur Obersten Volksversammlung (Parlamentswahlen) wurden sämtliche 121 Kandidaten für die 79 Sitze in einer politischen Dachorganisation unter Führung der regierenden Revolutionären Volkspartei zusammengefaßt.

Malaysia

- Anfang März: Zwischen den singapurischen und den indonesischen Streitkräften wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, nach der in Zukunft die Armeen beider Staaten gemeinsame Manöver abhalten können. Das erste gemeinsame Manöver soll Ende dieses Jahres (1989) in Batu

Rajah (Süd-Sumatra) stattfinden. Singapur hatte bereits mit Malaysia eine ähnliche militärische Kooperation abgeschlossen.

- 2.März: Raja Azlan Shah wurde zum neuen König von Malaysia gewählt. Seine fünfjährige Amtszeit begann im April 1989.
- 2.-3.Mai: Besuch des japanischen Ministerpräsidenten, der in Malaysia in der Hauptsache Gespräche über den Ausbau der bilateralen Beziehungen führte.

Philippinen

- 9.März: Der größte Teil der legalen Oppositionsparteien schloß sich in der "Nacionalista Party" (NP) zusammen.
- 28.März: In ca. 42.000 Barangays (Gemeinden) fanden Wahlen statt.
- 6.-7.Mai: Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Naboru Takeshita, der mit der Staatspräsidentin Corazon Aquino die Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, das multilaterale Entwicklungshilfeprogramm für die Philippinen, die Zusammenarbeit innerhalb der ASEAN und die Idee einer asiatisch-pazifischen Gemeinschaft erörterte.

Singapur

- 6.-9.März: Besuch des taiwanesischen Staatspräsidenten Lee Teng-hui; mit dem singapurischen Premierminister Lee Kuan Yew wurden die bilateralen Beziehungen und Fragen der Zusammenarbeit erörtert. Lee Kuan Yew erklärte, daß auch nach einer Anerkennung Beijings Singapur seine Beziehungen zu Taiwan beibehalten werde.
- 3.-4.Mai: Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Noboru Takeshita; im Mittelpunkt der Gespräche standen in der Hauptsache die Lage in der pazifisch-asiatischen Region und internationale politische und wirtschaftliche Fragestellungen.

Thailand

- 29.März - 2.April: Besuch des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach; mit dem thailändischen Außenminister Siddhi Savetsila

wurden insbesondere die Kambodscha-Fragen und Flüchtlingsprobleme erörtert.

- 14.-17.März: Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten Chatichai Choonhavan in der Volksrepublik China.
- 28.April-2.Mai: Während seines viertägigen Besuchs in Thailand erörterte der japanische Ministerpräsident Noboru Takeshita mit führenden thailändischen Regierungsvertretern vor allem die Kambodscha-Frage und Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Länder.
- 6.Mai: Mit seinem kambodschanischen Amtskollegen, Hun Sen, erörterte Ministerpräsident Chatichai Choonhavan die Kambodscha-Frage.

Vietnam

- 20.-22.April: Besuch des vietnamesischen Parteichef Nguyen Van Linh in Moskau; erörtert wurden die Lage in Asien, der Kambodscha-Konflikt und die sowjetisch-chinesischen Beziehungen.

China

Macau

- 23.April: In der portugiesischen Kolonie, die nach Vereinbarungen zwischen Beijing und Lissabon 1999 eine Sonderverwaltungszone der VR China werden soll, fanden unter sehr geringer Beteiligung (10% der mehr als 67.000 Wahlberechtigten) die ersten Wahlen für den Stadtrat statt.

Hong Kong

- Ende Mai: In den letzten beiden Maiwochen nahmen täglich mehrere Millionen Einwohner der britischen Kronkolonie an Massendemonstrationen zur Bekundung ihrer Sympathie für die demokratische Bewegung der Studenten in Beijing teil. Dabei protestieren u.a. am 17. und 21. Mai mehrere tausend Studenten vor dem Gebäude der Xinhua-Presseagentur, der wichtigsten amtlichen Presseorganisation der

Volksrepublik China in Hong Kong. Das lebhaftes Interesse und die offensichtliche moralische Unterstützung der sonst wenig politisch interessierten Hong Konger Bevölkerung für die demokratische Bewegung der Beijinger Studenten ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die britische Kronkolonie 1997 nach den bestehenden Vereinbarungen an die VR China zurückgegeben wird.

Mongolei

30.März - 3.April: Besuch des mongolischen Außenministers Zerenpiliyn Gambosuren in der Volksrepublik China; am 31. März unterzeichneten die Außenminister der beiden Länder verschiedene Abkommen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen.

Taiwan

12.Mai: Das Innenministerium legalisierte die größte taiwanesischen Oppositionspartei, die Minzhu-jinbu (Democratic Progressive Party), offiziell.

30.Mai: Li Huan wurde, nachdem sein Vorgänger am 17.Mai zurückgetreten war, zum Ministerpräsidenten ernannt.

Volksrepublik China

7.-8.März: Ministerpräsident Li Peng verhängte über Lhasa den Ausnahmezustand, nachdem in der Hauptstadt der autonomen Provinz Tibet bereits am 5. März, anlässlich des 30. Jahrestages des tibetischen Volksaufstandes gegen die chinesische Besetzung, Unruhen ausgebrochen waren. Bei einer Demonstration von 13 buddhistischen Mönchen, die für die Unabhängigkeit Tibets von China demonstrierten, schlossen sich nach Angaben verschiedener Nachrichtenagenturen mit Knüppeln und Steinen bewaffnete Menschen an, die ein chinesisches Polizeirevier angriffen und Läden und Lokale demolierten. Bei einer Schießerei der Polizei auf die Menschenmenge gab es Tote und Verletzte. Der Ausnahmezustand blieb weiter bestehen.

20.März - 4.April: Zweite Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses,

- auf der die Regierung den Haushaltsplan für 1989 vorlegte, der im Zeichen einer verstärkten Austeritätspolitik steht. Zur Bekämpfung der Krise soll die Rolle des Marktes zu Gunsten einer staatlichen Planung eingeschränkt werden, zudem soll der wirtschafts- und finanzpolitische Spielraum der Provinzen wieder begrenzt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Staatsausgaben um 9,8 Prozent erhöht, mit besonders hohen Zuwachsraten in den Bereichen Landwirtschaft und Erziehung. In der Resolution zur Annahme des von Ministerpräsident Li Peng zum Abschluß der Tagung vorgelegten Berichtes über die Regierungstätigkeit hieß es, Fehler, Probleme und Erfolge der Entwicklung des Landes seien analysiert worden und zugleich enthielte der Bericht reale Zielvorstellungen für die Fortsetzung der Reformen.
15. April: Der frühere und insbesondere bei den Studenten und Intellektuellen sehr beliebte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang verstarb an den Folgen eines Herzinfarkts, den er am 8. April während der 17. Plenarsitzung des Politbüros erlitten hatte. Am 16. Januar 1987 war Hu Yaobang wegen seiner relativ liberalen Position in der Diskussion um politische Reformen (Anfang 1986) und wegen seiner liberalen Haltung gegenüber den Studentendemonstrationen (gegen Ende des Jahres 1987) seines Amtes enthoben worden. In Beijing führte der Tod Hu Yaobangs zu spontanen Trauerkundgebungen, die gleichzeitig von vielen Intellektuellen und Studenten in den Beijinger Universitäten Beida und Qinghua zum Anlaß genommen wurden, in Form von Massendemonstrationen ihrer tiefen Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Partei- und Staatsführung Ausdruck zu geben, für die Rehabilitation Huas und demokratische Freiheiten zu demonstrieren.
22. April: An der offiziellen Trauerfeier für Hu Yaobang in der Großen Halle des Volkes nahmen mehr als 4.000 Funktionäre teil, auf dem Platz zum Tor des Himmlischen Friedens (Tian'anmen-Platz) gedachten gleichzeitig mehr als 100.000 friedliche Demonstranten des Verstorbenen.
In Xi'an und Changsha kam es zu ähnlichen Kundgebungen.
23. April: In der Beida versammelten sich mehrere hundert Studenten der größten chinesischen Universitäten zur Vorbereitung eines landesweiten Streiks. Damit sollte ein "direkter Dialog" mit der Staatsführung über die studentischen Forderungen nach mehr Demokratie erzwungen werden.
24. April: In den zwanzig Universitäten und Hochschulen Beijings traten über 100.000 Studierende in einen unbefristeten Streik. Der neue "Un-

- abhängige Studentenbund" kündigte eine landesweite Aufklärungskampagne an.
26. April: Der Pekinger Parteichef Li Ximning kündigte schärfstes Vorgehen gegen die Demonstranten an; die Proteste gingen jedoch weiter, auch in anderen Landesteilen wie z.B. in Shanghai fanden Großdemonstrationen statt; während in den Massenmedien (insbesondere in Rundfunk und Fernsehen) die friedlichen Studentenproteste als Komplott und Konterrevolution gegen das sozialistische System, die Partei und das gesamte chinesische Volk verurteilt wurden.
27. April: Den friedlichen Demonstrationen von mehr als 50.000 Studenten schlossen sich weit mehr als 100.000 Beijinger an und forderten mehr Demokratie und Kampf gegen Korruption. Die Volkspolizei begleitete den Demonstrationszug wohlwollend.
29. April: Zwischen führenden Regierungsvertretern und den Führern der etablierten Studentenverbände schien es zu einem ersten Dialog zu kommen; die Diskussionen und Forderungen seitens der Studenten konzentrierten sich auf die Beseitigung der Korruption, objektive Berichterstattung in der Presse, Probleme im Bildungswesen etc. Ministerpräsident Li Peng appellierte an die soziale Verantwortung der Studenten und forderte sie auf, die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch Kooperationsbereitschaft zu überwinden.
2. Mai: Die Beijinger Studentenfürher drohten mit der Fortsetzung ihrer Aktionen, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden.
4. Mai: Trotz eines offiziellen Demonstrationsverbots versammelten sich auf dem Tian'anmen-Platz zum Jahrestag der Bewegung von 1919 mehr als 500.000 Menschen. KP-Chef Zhao Ziyang erklärte, daß die Demonstrationen die Stabilität des Landes nicht erschüttern könnten.
13. Mai: Auf dem Tian'anmen-Platz, der rund um die Uhr von Demonstrierenden besetzt war, traten ca. 1.000 Studenten in den Hungerstreik.
16. Mai: Im Namen der Regierung und der Partei erklärte KP-Chef Zhao Ziyang, daß auf die Hauptforderungen der Studenten eingegangen werden solle. Im folgenden wurde die Demonstration immer mehr zur Volksbewegung: Weitere Delegationen aus anderen Städten der Volksrepublik erreichten Beijing, Redakteure und Journalisten forderten Pressefreiheit, auf Transparenten wurden Deng Xiaopings und Li Pengs Rücktritt gefordert.
- Am gleichen Tag kam Michail Gorbatschow zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Beijing. Die Studenten bestanden vergebens auf

- einem Gespräch mit Gorbatschow. Deng Xiaoping trat nach einem gemeinsamen öffentlichen Ausreten zusammen mit Michail Gorbatschow für ca. drei Wochen nicht mehr in der Öffentlichkeit auf, was zu den verschiedensten Gerüchten um seine Person führte.
- Auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros machte KP-Chef Zhao Ziyang einen Fünf-Punkte-Vorschlag (Widerrufung des Leitartikels in der Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 26. April, Untersuchung von Spekulationsgeschäften hoher Kader, Veröffentlichung der Lebensläufe und Einkommen der Spitzenkader, Abbau von Privilegien), der mit 4 zu 1 Stimmen abgelehnt wurde.
1. Mai: Ein beabsichtigter Besuch Gorbatschows in der Verbotenen Stadt konnte wegen Massenprotestkundgebungen von mehr als 1 Million Studenten, Arbeiter und Angestellten auf dem Tian'anmen-Platz nicht stattfinden. Ein Kompromißangebot der chinesischen Parteiführung wurde von den Studenten abgelehnt.
18. Mai: Ein Gespräch der Studentenvertreter mit Ministerpräsident Li Peng endete ergebnislos. Arbeiter solidarisierten sich weiter mit den Studenten, Schlichtungsversuche und Appelle an die Studenten zur Beendigung ihres Hungerstreiks wurden ignoriert.
- Gorbatschow verließ nach abermaligen Programmänderungen wegen Massendemonstrationen von Shanghai aus die Volksrepublik.
19. Mai: Letzter öffentlicher Auftritt des KP-Chefs Zhao Ziyang vor Studenten auf dem Platz zum Tor des Himmlischen Friedens. Auf einer Sitzung des Politbüros wurde er vom Amt des ZK-Generalsekretärs enthoben; zum Nachfolger wurde Li Peng ernannt. Zhao Ziyang und Bao Tong, sein engster Vertrauter, wurden unter Hausarrest gestellt.
- Nachdem die zur Verteidigung der Hauptstadt zuständige 38. Armee offensichtlich einen Einsatz gegen die Demonstranten abgelehnt hatte, beorderte die Regierung Truppen der Volksbefreiungsarmee aus anderen Landesteilen nach Beijing; Li Peng kündigte im Fernsehen den Truppeneinsatz gegen die Protestierenden auf dem Tian'anmen-Platz an.
- Auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros wurde die Verhängung des Kriegsrecht beschlossen. Damit setzten sich die konservativen Kräfte innerhalb der politischen Führung durch, die die Studentendemonstrationen mit aller Gewalt niederschlagen wollten.
20. Mai: Ab 1.00 morgens verhängte Ministerpräsident Li Peng, wie angekündigt, das Kriegsrecht über Teile Beijings. Für Auslandskorrespondenten galt gleichzeitig Arbeitsverbot.

- Mehr als 500.000 Menschen versammelten sich daraufhin auf dem Tian'anmen-Platz. Es kam zu ersten gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Volkspolizei, der Volksmiliz und den Demonstranten, gleichzeitig aber auch zur Soliarisierung zwischen Soldaten und Demonstranten, die mit Barrikaden die Truppen am Erreichen des Platzes zum Tor des Himmlischen Friedens zu hindern versuchten.
- 21.-28.Mai: Demonstrationen, Hungerstreik und Proteste hielten trotz Kriegsrecht an. Das Politbüro tagte ständig; immer wieder kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden aus allen Teilen der Bevölkerung und Soldaten bzw. der Polizei; gleichzeitig wurden Gerüchte über enorme Truppenkonzentrationen am Stadtrand von Beijing bekannt.
- 29.Mai: Die Studentenfürher riefen erstmals zum Abbruch der Demonstrationen auf, die Masse der Protestierenden wollte jedoch bis zum 20. Juni ausharren.
- 31.Mai: Studenten errichteten auf dem Platz zum Tor des Himmlischen Friedens eine 10 Meter hohe, der New Yorker Freiheitsstatue nachgebildete Statue, die den Namen "Göttin der Demokratie" erhielt.
- 2./3.Juni: Soldaten kontrollierten die Schlüsselpositionen der Stadt (Hauptbahnhof, Flughafen, Telegrafenamnt etc.). In der Nacht zum 3. Juni unternahm Armee-Einheiten einen abermaligen Vorstoß zum Platz zum Tor des Himmlischen Friedens; erneut versuchten Demonstranten und die Beijinger Bevölkerung mutig die Armee zu stoppen. Die Armee ging jedoch mit unbeschreiblich brutalen Einsätzen gegen die Menschenmenge vor. Es kam zu blutigen Massakern in allen Teilen der Stadt; die Truppen mähten mit ihren Panzerwagen die sich ihnen entgegenstellende unbewaffnete Bevölkerung mit unbeschreiblicher Grausamkeit nieder.
- 4.Juni: Am frühen Morgen umstellten Einheiten der Volksbefreiungsarmee den Tian'anmen-Platz. Gegen 6.00 Uhr drangen sie mit Kampf- und Schützenpanzern auf den Platz vor, auf dem sich rund 100.000 Menschen befanden. Die Panzer überrollten Menschen und Zelte, in denen Studenten schliefen, die Soldaten schossen brutal in die flüchtende Menschenmenge.
- 5.Juni: Schießereien auf unbewaffnete Zivilisten setzten sich fort; über die Zahl der Opfer liegen keine offiziellen Angaben vor, Augenzeugen berichteten aber von mehreren tausend Toten und mindestens 10.000 Verletzten, die in den überfüllten Krankenhäusern nur notdürftig versorgt werden konnten.

Außer in Beijing protestierten in Shanghai, Guangzhou (Kanton), Nanjing, Wuhan, Changsha, Xi'an, Hangzhou, Luoyang and Shanghai die Menschen gegen das Massaker und die Militäraktionen in Beijing und blockierten u.a. Verkehrswege und andere öffentliche Einrichtungen.

Truppen besetzten die Beijinger Universitäten und Hochschulen. Die Medien verbreiteten zunächst die Behauptung, bei den Truppeneinsätzen auf dem Platz zum Tor des Himmlischen Friedens sei "kein einziger Mensch gestorben".

Das Zentralkomitee des KPCh und der Staatsrat gaben eine Erklärung zu den Ereignissen ab, daß ein "konterrevolutionärer Aufstand" niederschlagen gewesen sei und daß der Partei keine andere Wahl geblieben wäre, es sich aber ansonsten um eine langfristige Aktion handele, die "bis zum Ende ausgefochten werden müsse".

6.Juni: Ein Regierungssprecher erklärte, daß China keine Sanktionen des Auslandes fürchte, denn "der Kampf zur Unterdrückung der Unruhen ist ein Kampf auf Leben und Tod für die Partei und die Nation".

7.Juni: Es wurde auf Wohn- und Geschäftsgebäude geschossen, u.a. auch auf internationale Hotels und Bürogebäude.

8.Juni: Ministerpräsident Li Peng dankte den Soldaten öffentlich für ihren Einsatz. Nach fast vierwöchiger Abwesenheit trat Deng Xiaoping wieder in der Öffentlichkeit auf.

Erste Maßnahmen einer Säuberungsaktion wurden getroffen, Verbote von Organisationen und ein Aufruf zur Denunziation veröffentlicht.

10.-11.Juni: Gegen den Dissidenten Fang Lizhi und seine Frau, die sich in die US-Botschaft in Beijing geflüchtet hatten, wurde Haftbefehl erlassen. Gleichzeitig begann im ganzen Land eine Verhaftungs- und Denuntiationswelle.

13.Juni: Die angekündigte Säuberungswelle führte nach offiziellen Angaben zu mehr als 900 Verhaftungen.

14.Juni: Zwei amerikanische Journalisten wurden des Landes verwiesen.

15.Juni: Die ersten drei Todesurteile gegen sogenannte "Kriminelle" wurden ausgeführt.

In den folgenden Wochen des Monats kam es in Beijing und verschiedenen Landesteilen immer wieder zu weiteren Todesurteilen und zur öffentlichen Zurschaustellung von Verurteilten.

Japan / Korea

Japan

- 1.-3.April: Besuch des südkoreanischen Außenministers Choe Ho Joong; im Mittelpunkt der Gespräche mit Ministerpräsident Noburo Takeshita und Außenminister Sosuke Uno standen die bilateralen Beziehungen.
- 11.-16.April: Besuch des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China; die Gesprächsthemen mit Ministerpräsident Noburo Takeshita waren u.a. die bilateralen Beziehungen, der Ausbau der Zusammenarbeit und die Lage im asiatisch-pazifischen Raum.
- 2.Juni: Der bisherige Außenminister, Sosuke Uno, wurde zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Nordkorea

- 24.-29.April: Besuch des Parteivorsitzenden Zhao Ziyang der Volksrepublik China; Zhao erörterte mit Partei- und Staatschef Kim Il Sung bilaterale Probleme, die Lage auf der koreanischen Halbinsel, die sino-sowjetischen Beziehungen und Reformen in China.

Pazifik

Papua Neuguinea

- 6.April: Bei anhaltenden Unruhen und Guerilla-Aktionen auf der Insel Bougainville fanden mehrere Menschen den Tod. Die Unruhen waren hervorgerufen durch Forderungen von Landbesitzern im Gebiet der Tagebaugruben 'Bougainville Corporation' (BLC) nach höheren Entschädigungen für von der Grubengesellschaft verursachte Umweltschäden, entgangene landwirtschaftliche Erträge, für bessere Wohn- und Lebensbedingungen etc. In der zweiten April-Hälfte unterbreitete eine Regierungsdelegation ein Kompromißangebot, um eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben.